



# BASis Info 4/2024

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

## Liebe Leserin, lieber Leser,

von Anfang an hat die Ampel-Koalition unter Führung von Olaf Scholz Tempo gemacht, wo Tempo notwendig war. Wir haben Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, damit mehr Verkehrswege, erneuerbare Energien und Energienetze schneller gebaut werden können. Damit der Ausbau unserer Energieinfrastruktur die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen nicht zu stark belastet, wollen wir nun prüfen, ob der Staat sich an den Infrastrukturkosten beteiligt.

Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz wollen wir die Vorschriften für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entschlacken und vereinfachen. Wir treiben die Digitalisierung und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung voran. Und wir haben ein modernes Fachkräfteeinwanderungsrecht beschlossen, um mehr Fachkräfte nach Deutschland zu holen.

Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit muss aber Hand in Hand gehen mit einem starken Sozialstaat. Wir haben deshalb direkt unser Wahlversprechen eingelöst und den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Und wir setzen uns weiter dafür ein, dass er steigen kann. Mehr Tarifbindung bleibt unser Ziel. Außerdem stabilisieren wir das Rentenniveau bei 48 Prozent. Auch das schützt viele Menschen in Deutschland vor Armut und stärkt die Kaufkraft in unserem Land. Wir sorgen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft ein moderner und attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt und soziale Härten abgefedert werden. Denn Wettbewerbsfähigkeit und ein starker Sozialstaat gehören für uns zusammen.

In der vergangenen Woche reiste Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat nach Brüssel und sprach dort mit seinen Kolleginnen und Kollegen auch über das aktuelle Geschehen in der Ukraine. Bereits zuvor hatten sich die EU-Staaten auf weitere Militärhilfen in Höhe von fünf Milliarden Euro verständigt. Das zeigt: Deutschland und seine europäischen und internationalen Partner stehen in ihrem Kampf um ihre und unsere Freiheit weiterhin fest an der Seite der Ukraine. Wir helfen humanitär, wirtschaftlich – und auch militärisch. Deutschland ist dabei nach den USA weltweit der größte Unterstützer der Ukraine.

Beim Europäischen Rat stand auch der Krieg im Gazastreifen zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas auf der Agenda. Tausende Menschen – darunter viele Zivilistinnen und Zivilisten – sind den Kämpfen bereits zum Opfer gefallen. Hunderttausende sind auf der Flucht. Nach den brutalen Terrorattacken der Hamas vom 7. Oktober 2023 steht Deutschland weiter in voller Solidarität zu Israel und dessen Recht, sich zu verteidigen. Aber es geht auch darum, humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza zu ermöglichen. Dazu hat die Bundesregierung Transportflugzeuge der Bundeswehr geschickt, um Hilfsgüter abzuwerfen. Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft setzen sich zudem für eine Waffenpause ein, damit die israelischen Geiseln freigelassen werden können und mehr humanitäre Hilfe nach Gaza kommen kann.

**Herzliche Grüße**  
**Bärbel Bas**



## Tag gegen Rassismus: Jeder Mensch ist gleich viel wert

Für viele Menschen sind Diskriminierung bei der Arbeitsplatz- oder der Wohnungssuche, rassistische Bemerkungen oder sogar rassistisch motivierte Gewalt im Alltag noch immer bittere Realität. Der Internationale Tag gegen Rassismus am 21. März setzt Jahr für Jahr ein starkes Zeichen für Zusammenhalt und ein respektvolles Miteinander in unserer Gesellschaft.

Wir müssen uns Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit klar entgegenstellen. Und auch denjenigen, die die Würde des Menschen in Frage stellen und gezielt Menschen aus unserer Gesellschaft ausschließen wollen. Egal, ob in Worten oder in Taten, ob auf der Straße oder im Netz.

Zugleich müssen wir aber auch mehr in politische Bildung, Präventionsarbeit und Aufklärung investieren — auch im digitalen Raum. Dafür hat die SPD-

Bundestagsfraktion in den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2024 erfolgreich für mehr Mittel gekämpft. Die Bundeszentrale für politische Bildung bekommt dadurch 6,1 Millionen Euro zusätzlich für den Auf- und Ausbau digitaler politischer Bildung, 4,2 Millionen Euro für Vorhaben im Bereich der Extremismusprävention bzw. für Maßnahmen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt und Ausgrenzung sowie vier Millionen Euro für die Förderung externer Träger der politischen Bildung.

Durch zusätzliche vier Millionen Euro kann das Förderprogramm „respekt\*land“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes fortgesetzt werden. Damit wird gemeinsam mit den Bundesländern das zivilgesellschaftliche Beratungsnetz für Antidiskriminierung bundesweit ausgebaut. Und auch die Förderung für „HateAid“ konnte erfolgreich verlängert werden.

## Demo „Duisburg ist echt BUNT“

Beeindruckend viele Menschen haben in den vergangenen Wochen Haltung und Flagge gezeigt – für Demokratie, für Vielfalt und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. So auch Anfang März bei uns in Duisburg unter dem Motto „Duisburg ist echt BUNT“. Vielen Dank an alle Beteiligten, vor allem an den DGB Region Niederrhein.

Ich freue mich sehr, dass sich so viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, Initiativen, Glaubensgemeinschaften, Parteien, Vereine, Künstlerinnen und Künstler oder Jugendverbände zu einem breiten Bündnis zusammengeschlossen haben und so viele Menschen auf die Straße gegangen sind. Das zeigt deutlich: Weite Teile unserer Gesellschaft wollen die Rechte und Freiheiten verteidigen, die uns unser Grundgesetz bereits im 75. Jahr ermöglicht. Machen auch Sie mit, setzen Sie sich für unseren demokratischen Rechtsstaat ein — bei Veranstaltungen im öffentlichen



Raum oder bei Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen, im Freundeskreis oder innerhalb der Familie. Wir müssen unsere vielfältige und weltoffene Gesellschaft gemeinsam schützen. Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dürfen wir nicht tolerieren. Oder um es mit Marcel Reif zu sagen, der bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 31. Januar die Worte seines Vaters jeder und jedem von uns mitgegeben hat: Sei ein Mensch!



## Solidaritätskonzert in der jüdischen Gemeinde in Duisburg



„Shalom Chaveruth – Für Frieden und Freiheit“ – unter diesem Motto stand das Solidaritätskonzert in der jüdischen Gemeinde in Duisburg, bei dem ich als Schirmfrau sprechen durfte.

Organisiert wurde der Abend der Solidarität mit den Opfern des 7. Oktober und allen, die unter Gewalt und Hass leiden, vom Kulturprojekte Niederrhein e.V. Der Verein arbeitet mit dem Academic College of Tel Aviv-Yaffo zusammen, an dem Menschen aus der arabischen und jüdischen Gemeinschaft ganz selbstverständlich miteinander studieren und forschen. Auch eine Studentin und ein Stu-

dent des Academic College wurden am 7. Oktober ermordet. Das Leid der Opfer der Hamas, der Geiseln, die noch immer in ihrer Gewalt sind, und der Zivilbevölkerung in Gaza macht mich noch immer fassungslos.

Wir in Deutschland müssen heute mehr denn je solidarisch an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen. Über 2.000 antisemitische Straftaten seit dem 7. Oktober sind eine Schande für unser Land. Wir müssen uns – öffentlich und im Alltag – dem Antisemitismus entgegenstellen, egal ob er sich in Worten oder Taten äußert. Denn wir alle tragen Verantwortung.

Der Verein Kulturprojekte Niederrhein sammelt Spenden für Studierende des Academic College, die direkt von dem Terrorangriff im Oktober betroffen waren. Möchten Sie spenden? Dann können Sie direkt auf das Konto des Kulturprojekte Niederrhein e.V. überweisen (IBAN: DE80 3545 0000 1101 0788 04, Verwendungszweck: Academic College).

## Gespräch mit ver.di und dem Betriebsrat der DVG zum ÖPNV

Zur Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs in Duisburg habe ich mich, zusammen mit meinem Kollegen Mahmut Özdemir, mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft ver.di und des Betriebsrats der Duisburger Verkehrsgesellschaft ausgetauscht. Mit der Mobilitätswende bekämpfen wir die Klimaerwärmung und machen unsere Stadt lebenswerter. Dafür brauchen wir einen gut ausgestatteten und zuverlässigen ÖPNV, der auch ausreichend finanziert werden muss. Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg und hat den ÖPNV für viele attraktiver gemacht. Wichtig ist, die Finanzierung dafür nun dauerhaft zu sichern.

Unser Ziel, das wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ist ein Ausbau- und Modernisierungspakt, bei dem sich Bund, Länder und Kommunen über die Finanzierung bis 2030 einigen. Gemeinsam mit



den Ländern haben wir bereits die Regionalisierungsmittel erhöht, so dass zwischen 2022 und 2031 rund 17,3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Für Duisburg ist außerdem wichtig: Wir brauchen endlich eine Lösung für die Altschuldenproblematik, damit unsere Stadt genug finanziellen Spielraum hat, um etwa in unseren ÖPNV zu investieren. Dafür kämpfe ich weiter engagiert.



## Mein Tagebuch

Über Besuch aus meiner Heimatstadt freue ich mich immer besonders. So auch über die erste Besuchergruppe aus Duisburg in diesem Jahr, die im Rahmen einer Informationsfahrt für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger den Bundestag und mich besucht hat. Die Informationsfahrt wird regelmäßig durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) und mein Wahlkreisbüro organisiert. Es war mir eine große Freude, bei unserem gemeinsamen Gespräch über meine Ziele, meine Aufgaben und meine Arbeit als Bundestagspräsidentin und als Duisburger Abgeordnete zu berichten und den Duisburgerinnen und Duisburgern zu zeigen, wie und wo ich in Berlin arbeite.



Als MSV-Fan war diese Besuchergruppe für mich ein besonderes Highlight, denn unter den Besucherinnen und Besuchern waren auch die MSV-Legenden Bernard Dietz, Michael Bella, Dietmar Linders und Günter Preuß. Mit ihnen und den anderen Besucherinnen und Besuchern habe ich — neben anderen Themen — über den Ablauf von Plenardebatten, das Wahlrecht mit 16 und die Rente gesprochen. Die Duisburgerinnen und Duisburger begrüßen zu können, hat mir viel Spaß gemacht. Ich bin sicher, auch sie konnten viel über die Abläufe im Bundestag erfahren.



In den zurückliegenden Wochen hat Sonia Miosga als Praktikantin mein Team und mich unterstützt. Dabei konnte sie viele spannende Erfahrungen sammeln. So konnte sie auf der Besuchertribüne des Bundestages die Befragung der Bundesregierung und die Plenardebatten mitverfolgen. Zudem konnte sie über das Praktikantenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion an vielen fachpolitischen Gesprächen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Und natürlich bekam Sonia einen Einblick in den Alltag im Bundestag. Für ihren Einsatz danke ich ihr sehr herzlich und wünsche Sonia viel Erfolg für ihr Studium und für ihre Zukunft alles Gute.

Bis zum nächsten Mal,  
ich freue mich drauf!

## Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

**Bärbel Bas, MdB**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:  
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:  
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

# Neues zum Schluss